

Der Schweizerische Friedensrat zur Abrüstungswoche (22.-28. April) : Pressekonferenz vom 18. April 1974 in Bern

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **68 (1974)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142360>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Schweizerische Friedensrat zur Abrüstungswoche (22.—28. April)

Pressekonferenz vom 18. April 1974 in Bern

Uns allen ist bekannt, daß das Postulat Abrüstung in der Schweiz nicht beliebt und noch weniger «in» ist. Die Schweizer — Volk und Behörden — fühlen sich davon weder angesprochen noch gar betroffen. Trotzdem können wir uns der Überlegung nicht verschließen, daß der seit Jahren anhaltende Rüstungswettlauf — nur von einigen Abkommen oder Verhandlungen oder irgendwelchen Sachzwängen etwas gebremst oder auch nur verlagert — mehr als nur beunruhigend ist. Wir dürfen die Augen nicht verschließen: Wenn die Aufrüstung das letzte Wort hat, dann könnte auch für unsere Erde und ihre Bewohner das letzte Wort gesprochen sein.

Deswegen haben wir es gewagt, heute und in der kommenden Woche die Abrüstung trotz Unbehagen und Ablehnung zur Diskussion zu stellen. Wir wollen es aber nicht als weltfremde Utopie oder gar als Ideologie tun, sondern mit großer Zurückhaltung, Vernunft und Hoffnung. Wenn wir von Abrüstung sprechen, denken wir vorerst eher an eine schrittweise Rüstungsbeschränkung, an konkrete Vorschläge auf dem Gebiet der Militär-, Außen-, Außenhandels- und Wirtschaftspolitik. Abrüstung oder Rüstungsbeschränkung dürfen vor allem nicht isoliert betrachtet und beurteilt werden. Sie sind gleichzeitig Voraussetzung und Folge — wechselwirkungsweise — von internationaler Zusammenarbeit, von aktiver Außenpolitik im Sinne der Solidarität und vor allem Voraussetzung und Folge von Vertrauen auf Gegenseitigkeit.

In dieser Sicht bedauern wir, daß der jüngste Bericht des Bundesrates zur schweizerischen Sicherheitspolitik bis heute so wenig grundsätzliche Diskussion ausgelöst und beispielsweise im Ständerat so wenig kritisch behandelt und gewürdigt worden ist.

Ein wesentlicher Ausgangspunkt dieses Berichtes und der ganzen tatsächlichen Sicherheitspolitik des Bundesrates ist die Bedrohung unseres Landes, vor allem die militärische Bedrohung. Selbstverständlich haben wir das vorhandene Rüstungspotential und die Gefahren, die ihm innewohnen, zur Kenntnis genommen, und wir ignorieren auch die immensen Zahlen von Divisionen, Kriegsflugzeugen und Panzern und die Vorräte von Massenvernichtungsmitteln nicht. Trotzdem verweisen wir auf die andern Gefahren dieses Bedrohungsdenkens: Wer von Bedrohung spricht, geht immer vom eigenen Land aus, von einer bedrohten Schweiz, die selber in Ordnung, rechtschaffen, friedlich, solidarisch und für alle andern keine Bedrohung ist. Wenn wir rechtschaffen und bedroht sind, so muß ein Feind vorhanden sein, ein böser Feind, ein ungerechter, unfreiheitlicher, ein aggressiver Feind. Im Zweiten Weltkrieg war die Übereinstimmung zwischen diesem Feinddenken und der tat-

sächlichen Wirklichkeit vorhanden, im Kalten Krieg nach Auffassung der Mehrheit der Bevölkerung und der Behörden ebenfalls. Heute aber bestehen Zweifel und Unsicherheit. Selbst Offiziere und der Vorsteher des EMD sprechen davon, daß eine unmittelbare militärische Bedrohung nicht festgestellt oder angenommen werden könne. Um das Bedrohungsdenken aufrechtzuerhalten, muß ein Feindbild geschaffen werden. Mit den immer lauter und deutlicher werdenden Hinweisen auf die Subversion, auf angeblich ungerechtfertigte Kritik und Kritiker, auf linke und pazifistische Gruppen verschiedener Herkunft, auf abweichende Intellektuelle soll nach unserer Befürchtung ein neues Feindbild aufgebaut werden. Das Bedrohungsdenken und seine Rechtfertigung setzen sehr viel Selbstsicherheit voraus. Diese Selbstsicherheit führt zu einem großen Sicherheitsbedürfnis und in zahlreichen Fällen zu Angst und Unsicherheit. Angst und Unsicherheit führen oft zu einer abwartenden, inaktiven und resignierten Haltung. Die militärische Landesverteidigung und die Gesamtverteidigung sind weitgehend auf den unbekanntem Tag X und nicht auf das Heute, auf die Gegenwart ausgerichtet. Das ist letztlich unser Bedenken und unser Vorwurf gegenüber dem landläufigen militärischen Denken.

Mit Recht stellen Sie spätestens jetzt die Frage nach einer Alternative: Wir teilen das Bedrohungsdenken nicht mehr. Hingegen gehen wir von zahlreichen und sehr schweren Konfliktsituationen in dieser Zeit und auf dieser Erde aus, die allerdings mehrheitlich in erster Linie nichtmilitärischer Art sind. Von daher kommen wir zu andern Überlegungen und Schlüssen: Wir gehen nicht von unserem Land, sondern von der Völker- und Staatengemeinschaft aus. Als Kleinstaat sind wir nicht in erster Linie bedroht, sondern als mitverantwortliche Gemeinschaft in viele Konfliktsituationen einbezogen. Konflikte sind für uns zunächst eine Chance, an deren Lösung wir uns mitbeteiligen können, um die tatsächliche Bedrohung zu verhindern oder mindestens zu verringern.

Zugegeben, wir bieten keine Sicherheit, sondern eher ein Wagnis. Anstelle der Sicherheitspolitik schlagen wir eine Wagnispolitik vor, um es ganz zugespitzt zu formulieren. Wir möchten Angst und Unsicherheit durch Mut und Zuversicht überwinden. Die Schweiz darf nicht abwarten und resignieren, sondern sollte das Risiko der Konfliktlösung eingehen, nicht am Tag X, sondern hier und heute.

Hansjörg Braunschweig

Wenn der heilige Geist weht, achtet er nicht darauf, wo die christlichen Länder sind. Dom Hélder Câmara (1974)
